



Solothurn, 7. April 2014

Medienkonferenz des kantonalen Komitees „JA zur Mindestlohninitiative“

Das kantonale Komitee „JA zur Mindestlohninitiative“ präsentierte heute an der Medienkonferenz im Volkshaus Solothurn die Argumente für die Mindestlohninitiative der verschiedenen Trägerorganisationen.

Präsiert wird das Komitee von Nationalrat Philipp Hadorn, der den Gewerkschaftsbund Kanton Solothurn (GbS) vertritt, in dem er Mitglied der Geschäftsleitung ist. Weiter war die Unia mit Sektionssekretär Ivano Marraffino, die SP mit Kantonalpräsidentin Franziska Roth, die Grünen mit Kantonsratsfraktionspräsidentin Barbara Wyss Flück, die Syna mit Regionalsekretär Zabedin Iseini und die Junge SP Olten u.U. mit Edwin Loncar vertreten.

Zu Beginn stellt Philipp Hadorn fest, dass es sich bei der Mindestlohninitiative um ein Projekt sozialer Gerechtigkeit handle, denn: „Die Bevölkerung der Schweiz findet es krass ungerecht, wenn Menschen trotz einem Vollzeitjob in unserem Land keine Chance haben, damit ihren Lebensunterhalt selbständig zu bestreiten. Darauf bietet die Mindestlohn-Initiative eine konkrete Antwort. Das habe man bereits bei der Unterschriftensammlung anlässlich der Lancierung der Initiative erfahren“, so Hadorn.

Ivano Marraffino betont, dass durch einen GAV klare und gerechtere Verhältnisse in den Arbeitsbedingungen als Minimalstandard gesetzt und der Wildwuchs an Missbrauchsmöglichkeiten des laschen Gesetzes eingedämmt werden. Davon profitieren Arbeitgeber wie Arbeitnehmer. „Mit einer Lohnuntergrenze wird der Missbrauch gezielter und effektiver bekämpft.“

„Der Detailhandel gehört mit 300'000 Beschäftigten zu den grössten Arbeitgebern der Schweiz. Gegen 70 Prozent der Beschäftigten sind Frauen. Rund 47'000 Verkäuferinnen und Verkäufer arbeiten für einen Lohn unter 22 Franken pro Stunde“, erklärt Franziska Roth „deshalb bringe die Mindestlohninitiative wichtige Fortschritte in Sachen Lohngerechtigkeit zwischen Männern und Frauen.“

Zabedin Iseini bestreitet denn auch das Argument der Initiativgegner, wonach die Initiative die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Unternehmen gefährde. „Diese Behauptung ist schlicht und ergreifend falsch. Denn bereits heute haben viele anständige Unternehmer, die ihren Mitarbeitern anständige Löhne bezahlen, einen erheblichen Nachteil gegenüber der Billigkonkurrenz. Mit der Mindestlohn-Initiative müssen alle Unternehmen 4000 Franken einhalten“, so der Syna-Vertreter.

Barbara Wyss Flück verweist darauf, dass auch in den umliegenden Ländern die Mindestlohndebatte geführt werde. Zudem sei ein gesetzlich geregelter Mindestlohn ein wirksames Mittel, um die Zuwanderung von Billigstarbeitskräften zu bremsen.

Dass ein Mindestlohn von 4000 Franken den jugendlichen den beruflichen Einstieg erschwere, hält Edwin Loncar von der Jungen SP Region Olten als absolut falsch. Natürlich würde das Lohnband auch bei den etwas älteren Arbeitnehmenden angepasst, wodurch berufliche Neueinsteiger immer noch die günstigsten Arbeitnehmer wären. Und Betriebe, welche ihr Lohnband nicht anpassen, werden sehr bald ihre älteren Arbeitnehmer an die Konkurrenz verlieren.

Zusammenfassend hält schliesslich Philipp Hadorn fest: „Heute ist die Realität der ausgewogenen Sozialpartnerschaften oft eine <Phrase>. Das muss sich ändern. Die Mindestlohninitiative ist ein entscheidender Schlüssel zur Wertschätzung von Arbeit, Sicherung der Existenz und Grundlage einer minimalen Würde.“

Die Mindestlohninitiative ist ein Teil des Projektes für mehr <soziale Gerechtigkeit>, das dringend notwendig, wirtschaftlich problemlos verkraftbar und im Interesse einer prosperierenden Volkswirtschaft ist. Die Annahme der Mindestlohninitiative ist eine entscheidende Klammer zur Sicherung des sozialen Friedens - soziale Gerechtigkeit ist ein Fortschritt für Alle statt für Wenige.“

Für weiter Auskünfte:

- **Philipp Hadorn, Nationalrat und Mitglied der GL (GbS) Mobile: 079 600 96 70**